„Der Lernprozeß ist langsam – zu langsam"

Greenpeace-Vorstandsmitglied Monika Griefahn über die Öko-Bilanz „Der Osten ist grün?"

Die Diplom-Soziologin Monika Griefahn, 32, hat die bundesdeutsche Greenpeace-Organisation mit aufgebaut und ist seit 1983 einziges deutsches Mitglied im Vorstand von Greenpeace International.

Umweltaktionen sind in sozialistischen Ländern überflüssig", beeilte sich das Ost-Berliner Institut für Internationale Politik und Wirtschaft zu versichern, nachdem Greenpeace im September dem Umweltminister der DDR, Hans Reichelt, einen Zentner Salz vor die Tür geworfen hatte. Dieses Salz, gewonnen aus zwei Kubikmetern Werrawasser, sollte auf die ständige Verseuchung eines Trinkwasserflusses durch die Kaliminen in der DDR hinweisen.

Doch nicht nur die Bürger der Bundesrepublik bekommen den Dreck der DDR-Industrie zu spüren. Der Zustand der DDR-Gewässer ist katastrophal. Lebensmitteltechniker in Halle und Ost-Berlin haben errechnet, daß DDR-Bürger im Schnitt täglich 150 Milligramm Nitrat zu sich nehmen. Das Leipziger Hygieneinstitut hat daher Müttern empfohlen, bei der Zubereitung von Säuglingsnahrung lieber Mineralwasser zu verwenden.

Diese und andere Fakten kann man in Sabine Rosenbladts eindrucksvollem Buch nachlesen: Nicht nur in der DDR, auch in Nordböhmen (ČSSR), in und um Krakau und im sibirischen Industriegebiet Kusbass – überall findet man Auswirkungen einer rücksichtslosen Industrialisierung.

Die Autorin versucht, in ihren „Ökoreportagen" einen Weg zu finden zwischen Sachberichterstattung und Wiedergabe persönlicher Eindrücke, dazu kommen Interviews mit offiziellen und inoffiziellen Funktionären und ermutigende, allerdings teilweise zu positiv gefärbte Darstellungen von Reformbemühungen. Bislang gibt es kein umfassenderes Standardwerk über die Umweltprobleme und die Bürgerbewegungen in den osteuropäischen Staaten.

Sabine Rosenbladt ist vor Ort gegangen. Auf ihren Reisen durch Ungarn und Polen, durch die DDR, die ČSSR und die UdSSR sprach sie mit Verantwortlichen über die Pläne zum Ausbau der Industrie, zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und über deren ökologische Folgen, sammelte Eindrücke über das Ausmaß der Verschmutzung. Doch die kommentierende Einschätzung kommt bei der Autorin etwas zu kurz.

Das politische Buch

Sabine Rosenbladt: „Der Osten ist grün? Öko-Reportagen aus der DDR Sowjetunion Tschechoslowakei Polen, Ungarn" Rasch und Röhring Verlag, Hamburg 236 Seiten 29,80 Mark

Gesundheitliche Schäden von Kindern, insbesondere durch Umweltbelastung – das ist ein durchgehendes Problem in fast allen Ländern, die Sabine Rosenbladt besucht hat, vor allem in der DDR, die zu den am höchsten industrialisierten Ländern der Welt gehört.

In der Ost-Berliner Zeitschrift „Das deutsche Gesundheitswesen" haben DDR-Mediziner 1984 auf den Zusammenhang zwischen Umweltverschmutzung und erhöhtem Krebsrisiko hingewiesen: Bei einem Vergleich aller beim Nationalen Krebsregister der DDR gemeldeten Neuzugänge an bösartigen Tumoren im Braunkohle-Bezirk Cottbus aus den Jahren 1958 bis 1961 und 1972 bis 1975 fanden die Forscher heraus, daß die Krankheitsrate am stärksten in jenen fünf Kreisen gestiegen ist, die durch den Braunkohletagebau und durch Großkraftwerke unter den größten Umweltbelastungen litten.

Erheblich gefährdet ist die Gesundheit der Kinder in den Industriegebieten der DDR. Weil die Luftverschmutzung die Sonneneinstrahlung hemmt, ergaben Untersuchungen ein beträchtlich verzögertes Knochenwachstum bei Kindern aus Halle-Bitterfeld und Karl-Marx-Stadt, beides Schwerindustriestädte im Süden der Republik. Bitterfelder Kinder litten doppelt so häufig an chronischen unspezifischen Lungenkrankheiten wie Kinder aus Quedlinburg im Harz.

Erst Ende der siebziger Jahre begann sich die Situation leicht zu verbessern, weil durch Filtereinbau die Staubemissionen geringfügig sanken. So betrug 1978 der Rückstand des Knochenwachstums bei Kindern aus Bitterfeld „nur" noch sechs Monate, 1968 waren es noch zehn Monate gewesen.

In Nordböhmen, dem Ruhrgebiet der ČSSR, wurden bei Vorsorgeuntersuchungen in den Städten Most, Chomutov, Teplice und Ústí nad Labem nur bei 38,4 Prozent der Heranwachsenden *keine* krankhaften Veränderungen festgestellt. Die nordböhmischen Jugendlichen leiden unter erhöhter Anfälligkeit gegenüber Infektionskrankheiten, Wachstumsstörungen, chronischer Bronchitis und Hautkrankheiten.

Ursache ist die extrem hohe Luftverschmutzung, die auch die Wälder im Erz- und im Riesengebirge bedroht. Die ČSSR-Regierung hat zwar versprochen, die Emissionen von Kohlekraftwerken drastisch zu senken. Die Umweltpolitiker des Landes setzen dabei aber vor allem auf neue Kernkraftwerke.

So haben die Greenpeacer sich die Verringerung von Schadstoffen nicht vorgestellt, als im April 1984 internationale Teams gleichzeitig in acht Ländern, unter anderem in Karlovy Vary (Karlsbad), Schornsteine von Kraftwerken und Raffinerien bestiegen. Nachdem tschechische Volksmiliz auf eine Schwedin, einen Dänen und einen Franzosen geschossen hatte, verließen die Greenpeacer den Schornstein, sie wurden vorübergehend festgenommen.

Die Beamten, von denen die drei vernommen wurden, meinten: „Solche Aktionen brauchen wir nicht. Bei uns

Ökobuch-Autorin Sabine Rosenbladt
„Überall Auswirkungen . . .

Greenpeace-Vorstand Monika Griefahn
. . . einer rücksichtslosen Industrialisierung"

»Sprachen lernt man am besten im Sprachland mit fee!«

Geradezu ideale Lernbedingungen
WDR-Fernsehen über fee-Sprachreisen

England
Frankreich
Irland
Malta
Spanien
Portugal
Italien
USA

Jetzt Prospekte anfordern

FDSV

fee SPRACHREISEN

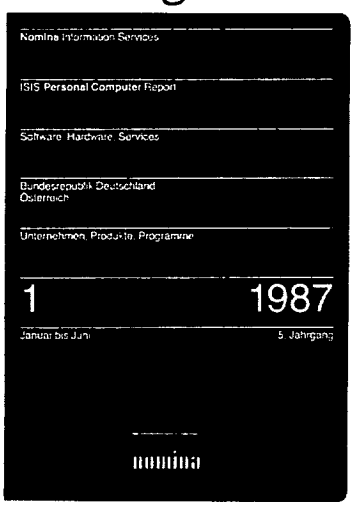
fee-Sprachreisen
Leibnizstraße 3
7000 Stuttgart 1
Ruf 0711/63 80 48

Stiftung Warentest
test
Qualitätsurteil »GUT«
Schüler-Sprachreisen nach England
Zeitschrift »test« 2/85

Auch diesmal wieder mit der Note »gut«

Für Schüler und Erwachsene

2.352 PC-Programme.



Mit allen Details beschrieben im ISIS Personal Computer Report. Dazu die aktuellen Daten und Fakten über den PC-Markt: Software, Hardware und Beratung. Über 1.100 Seiten, mehr als 700 Unternehmen mit ihrem PC-Angebot. Die entscheidenden Informationen für Ihren PC-Einsatz.

Bestellen Sie gleich die neue Ausgabe zu nur DM 90,95 (incl. MWST., zzgl. Versandkosten) direkt bei Nomina GmbH, Landsberger Str. 338, D-8000 München 21, Telefon: 089/56 00-461.

„Hilfe, wir werden ersticken"

Wirrwarr bei der Smog-Bekämpfung weltweit

Ausgerechnet das Mutterland des Smogs ist rein. In Großbritannien gab es wegen des giftigen Nebels schon seit gut 25 Jahren keinen Notstand mehr, die Briten haben nicht einmal Smog-Alarmpläne. Dabei gehörte der Smog einst zu London wie Tower und Buckingham-Palast.

Nach der Smog-Katastrophe im Dezember 1952, als 4000 Menschen starben, bekamen die Behörden das Problem jedoch schnell unter Kontrolle: Schon das Verbot, weiterhin mit Koks und Kohle zu heizen, senkte den gefährlichen Rauch- und Schwefelausstoß drastisch. Veraltete, umweltverpestende Industrieanlagen wurden nach und nach stillgelegt.

Trotzdem gilt Großbritannien noch immer als „schlimmster Luftverschmutzer der Welt" (so die Umweltschutzbewegung „Friends of the Earth"). Nur werden die gewaltigen Schadstoffmengen aus der Schwerindustrie jetzt größtenteils exportiert, hohe Schlote blasen sie nach oben, der Wind trägt sie bis nach Skandinavien.

So einfach wie die Briten macht es sich sonst kaum ein Land. Mit umständlichen und komplizierten Verordnungen versuchen neben der Bundesrepublik auch zahlreiche andere Staaten, dem gesundheitsbedrohenden Giftdunst beizukommen.

Aber wo beginnt die Bedrohung – bei 40 Mikrogramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter Luft, die schon nach einem einzigen Tag zu „Befindlichkeitsstörungen" führen können, wie die Berliner Soziologin Katrin Gillwald behauptet? Oder bei 60 Mikrogramm Dauerbelastung während eines Jahres, wie die Weltgesundheitsorganisation meint? Oder gar bei 80, wie die amerikanischen „Air Quality Standards" feststellen?

Und soll eine Vorwarnung erst nach einer dreistündigen Belastung der Luft mit 600 Mikrogramm Schwefeldioxid erfolgen, wie es die bundesdeutschen Verordnungen vorsehen, oder schon bei 400 Mikrogramm, wie es in Wien geplant ist?

Zumeist schärfen erst Umweltkatastrophen das Bewußtsein für die Grenzwerte – so in Spanien, das 1979 seine schlimmsten Smog-Tage erlebte. „Hilfe, wir ersticken", klagte damals das Nachrichtenmagazin „Cambio 16". Durch die Giftluft, berichtete die Tageszeitung „El País", wurde der Tod von 700 Menschen in Madrid „beschleunigt". 1983 erklärte eine Kommission des Europaparlaments Madrid und Barcelona nach Athen, Mailand und Nizza zu den Zentren der Luftverschmutzung in Europa.

Vor zwei Jahren wurden deshalb die Smog-Warnwerte auf ein extrem niedriges Niveau gesenkt. Schon bei einer 24-Stunden-Belastung mit 160 Mikrogramm Schwefeldioxid oder Rauchpartikeln gilt Alarmstufe eins. Industrieunternehmen müssen dann schwefelarme Brennstoffe benutzen, nachts darf nicht mit Heizöl oder Koks geheizt werden.

Auch in Athen wurde inzwischen einiges getan, die Smog-Situation unter der Akropolis hat sich in den letzten Jahren deutlich entspannt.

Große Erfolge kann Japan vermelden. Schwefeldioxid, in Europa noch immer die Smog-Hauptsubstanz, ist dort kein Thema mehr. Zuletzt löste dieses Umweltgift 1971 Alarm aus. Aber jetzt macht den Japanern ein Gemisch aus Stickoxiden, Kohlenwasserstoffen und Ozon zu schaffen, das unter Sonneneinstrahlung einen photochemischen Smog entstehen läßt. Diese Belastung nimmt wieder deutlich zu – Indiz dafür, daß der Hauptverursacher, Autoabgase, auch mit strengsten Grenzwerten und Katalysator „langfristig nicht eingedämmt werden kann", so der Berliner Umweltforscher Helmut Weidner.

Ähnliche Schwierigkeiten plagen die einstigen Smog-Höllen New York und Los Angeles. Noch weit höher liegen die Schadstoffkonzentrationen in einer anderen Smog-Metropole: Rom. Vergangenen Herbst wurden im Stadtzentrum erstmals Messungen durchgeführt – 151mal kam es bei Stickoxid, 37mal bei Kohlenmonoxid zur Überschreitung der vorgeschriebenen Grenzwerte. Konsequenzen wurden nicht gezogen: Italien fehlt ein Smog-Alarmplan. Als Polizisten aus Protest einen Mundschutz trugen, wurden sie verwarnt und wegen unerlaubter Vermummung angezeigt.

Auch in Frankreich ist Smog weiterhin ein Fremdwort. Grenzwerte wurden bislang nicht festgelegt, einen Alarmplan gibt es nicht.

Vorige Woche, als in Berlin und Hamburg Fahrverbot verhängt wurde, meinte ein hoher Pariser Beamter: „Die Franzosen würden nur dann ihr Auto stehenlassen, wenn sie wegen des Smogs das Schlüsselloch in der Wagentür nicht mehr finden könnten."

Baumsterben in der ČSSR: Durch extrem hohe Luftverschmutzung . . .

kann man jeden Mißstand benennen, und dann versuchen wir, Abhilfe zu schaffen."

Wie sieht die Realität aus? Eine unabhängige, kritische grüne Lobby gibt es in der ČSSR nicht. Dennoch interessiert sich vor allem die Jugend brennend für ökologische Themen. Unter dem phantasiereichen Namen „Brontosaurus" etwa entstand vor zehn Jahren eine Jugendgruppe, die sich mit Umweltverschmutzung und Naturzerstörung auseinandersetzt.

Die Gruppe, eine Unterorganisation des SSM, des Jugendverbandes der Kommunistischen Partei, veranstaltet Exkursionen, Baumpflanzungen, Jugendlager, außerdem jährlich das Folk- und Countryfestival „Porta". Zur Porta '85 kamen 26 000 Jugendliche. Popstars sangen Lieder über den sterbenden Wald und über den Fluß Bečva, dessen einstmals klares Wasser von der Industrie mal rot, mal grün, mal blau verfärbt wird.

Greenpeace ist heute in 17 Ländern der Erde vertreten, aber in keinem Ostblockland erlaubt. Dennoch ist Greenpeace in den meisten von Sabine Rosenbladt skizzierten Ländern sehr bekannt.

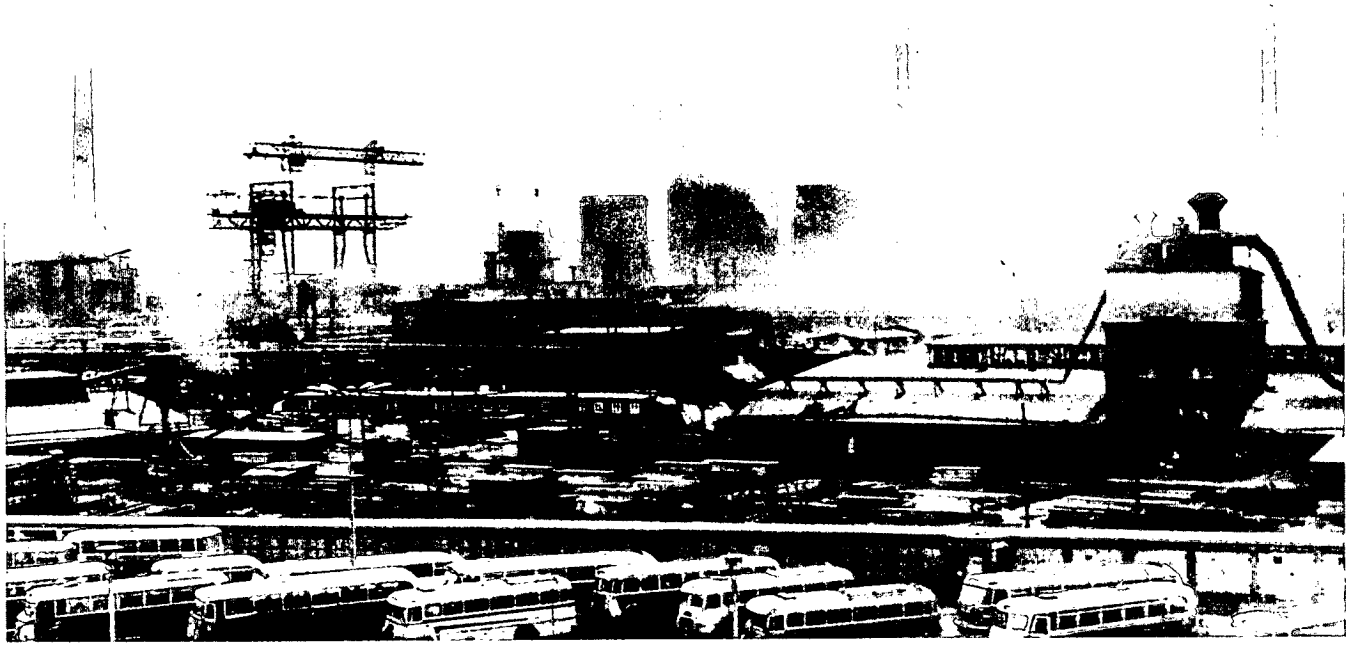
Die umweltpolitischen Möglichkeiten, die Ostblock-Bürger haben, sind höchst unterschiedlich. Am phantasievollsten konnten – bis zur Verhängung des Kriegszustandes – die Polen ihren Protest zum Ausdruck bringen. Im Gefolge der Gewerkschaft Solidarität entstand eine Art grüne Volksbewegung.

Damals wurden in Polen Happenings veranstaltet, die auch Greenpeace-Aktionen hätten sein können. So gossen weißgekleidete Frauen mit Gasmasken Trinkwasser in den verschmutzten Fluß Lynia. Andere zogen qualmspeiende „Smog-Drachen" – auf polnisch heißt Drache „Smok" – aus Dosen, Reifen und anderen umweltbelastenden Abfällen durch die Stadt. Ein Maler überpinselte demonstrativ ein Landschaftsgemälde mit schwarzer Farbe. Seit 1981 jedoch sind diese Arten des Protestes in Polen nicht mehr möglich.

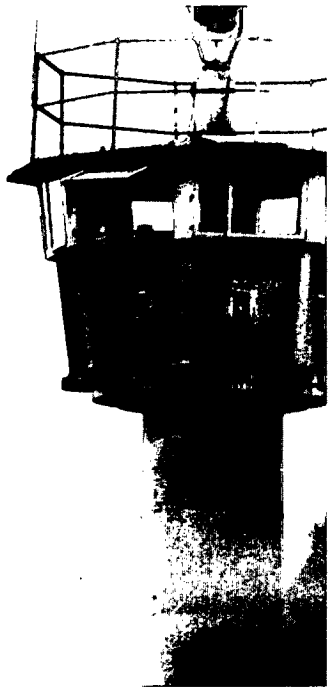
Relativ erfolgreich war die ungarische Gruppe Dunar Kör (Donaukreis), die auch im Westen bekannt geworden ist. Ihr und ihren Mitstreitern ist es immerhin gelungen, den Bau eines Donaukraftwerkes zu verschieben.

Ironischerweise scheitert der vollständige Erfolg – der Nichtbau – am Nachbarn im Westen: Österreich. Statt sich weiterhin mit dem eigenen Wahnsinnsprojekt Hainburg herumzuschlagen, fördern die österreichischen Behörden den Bau des ungarischen Donaukraftwerks.

Auf dem Gebiet des konventionellen Naturschutzes, der Sicherung von Nationalparks und Naturschutzgebieten, sind einige Erfolge zu registrieren – etwa in Europas letztem Urwald an der polnisch-russischen Grenze, wo im Nationalpark von Bialowieza der europäische Bison,



. . . verzögertes Knochenwachstum bei Kindern: **Industrieabgase in der DDR**



Greenpeace-Ballonaktion in Ost-Berlin: „Ordnungshüter perplex"

der Wisent, vor dem Aussterben gerettet worden ist.

Aufschlußreicher sind die Gespräche, die Sabine Rosenbladt mit Vertretern offizieller Stellen geführt hat. Dort wie hier behaupten sie, daß sie ihr Möglichstes für die Umwelt tun, geben zu, einiges versäumt zu haben und sind aufgeschlossen für neue Vorschläge. Nur, leider, fehle es am Geld.

Wir Greenpeacer haben in Osteuropa nicht immer so positive Anhörung finden können. Die Ordnungshüter waren in der Regel perplex über die Dreistigkeit unserer Aktionen und ungehalten über den gewaltfreien Protest – etwa als wir gegen den sowjetischen Walfang demonstriert haben; als wir mit unserem Flußaktions- und Laborschiff „Beluga" zu dicht an der DDR-Grenze die Elbverschmutzung gemessen haben; als wir mit dem Heißluftballon „Trinity" über der Viermächtestadt Berlin für einen Atomwaffenteststopp geworben haben.

Sabine Rosenbladt hat nicht nur die offiziellen Umweltschützer befragt. So berichteten ihr Jugendliche in der Tschechoslowakei: „Die bundesdeutschen Grünen sind in der ČSSR sehr beliebt, aber solche Aktionen wie bei euch, Blockaden und Fabrikbesetzungen, das können wir uns hier nicht erlauben."

Dennoch: Es tut sich etwas. Der Unmut der Bürger wächst. So gibt es in der DDR eine „Gesellschaft für Natur und Umwelt", eine 1980 gegründete Organisation von Amateur-Naturschützern mit 60 000 Mitgliedern. Dieser Verband arbeitet ähnlich wie einige Ortsgruppen des bundesdeutschen BUND: Fachgruppen untersuchen bedrohte Tierarten und schützen Ökotope.

In der DDR ist die kirchliche Ökologiebewegung wichtig für die öffentliche Diskussion. Im Zentrum steht das kirchliche Forschungsheim in Wittenberg, ursprünglich konzipiert als „Stätte der Begegnung zwischen christlichem Glauben und Naturwissenschaften". Neben Informationsschriften und Seminaren fördern ein Pfärrer und ein Biologe Aktionen wie „Mobil ohne Auto".

Um dem Rohstoffmangel abzuhelfen, hat die DDR schon lange eingerichtet, was bei uns heute zum Zwecke der Müllreduzierung heiß diskutiert wird: „Sekundärrohstoff-Erfassungsstellen" sorgen für Recycling. Flaschen, Gläser, Kronkorken, Altkleider, Spraydosen und das, was bei uns „Sperrmüll" heißt, werden durch die „Abproduktwirtschaft" gesammelt und aufgearbeitet.

Bereits 1984 wurden 29 Millionen Tonnen Sekundärrohstoffe wiederverwertet, das sind elf Prozent des gesamten volkswirtschaftlichen Rohstoffbedarfs der DDR. Doch trotz dieser Anstrengungen gibt es immer noch 4500 bis 5000 wilde Müllkippen, daneben die berühmtberüchtigte Sondermülldeponie Schönberg, die hauptsächlich Westmüll aufnimmt.

Immerhin, Fortschritte sind unverkennbar. Auch Greenpeace-Aktionen haben schon etwas bewirkt: 1988 will die UdSSR den Walfang beenden, eineinhalb Jahre lang hat sie ein einseitiges Atomteststopp-Moratorium eingehalten. Doch der Lernprozeß kommt nur langsam voran, zu langsam.

Jüngst erst meldeten die Zeitungen, daß der Reaktor 2 von Tschernobyl wieder ans Netz geht. Und während bei uns der Rhein vergiftet wurde, kam es in der Oder nach einem Ölunfall zum Fischsterben. Was alles muß eigentlich noch passieren?

FLICK-PROZESS

Teuflisch schlaue Idee

Eberhard von Brauchitsch setzt im Flick-Prozeß auf Milde des Gerichts – schließlich hat der Flick-Konzern Steuern auch gezahlt.

Stocksteif, die Arme über der Brust verschränkt, Oberkörper und Kopf zurückgelehnt, die Augen halb geschlossen, lauscht Eberhard von Brauchitsch den Plädoyers der Verteidiger. Mehr als 120 Tage hat er nun schon im holzgetäfelten Schwurgerichtssaal an der Bonner Wilhelmstraße zugebracht. Aber erst jetzt, eineinhalb Wochen vor dem Urteil, scheint ihm klarzuwerden, in welch besorgniserregender Nähe zum Knast sich dieser Schwurgerichtssaal befindet.

„De Blech", wie die Bonner ihr Gefängnis nennen, liegt gleich nebenan. Und seit die Staatsanwälte vier Jahre Gefängnis für ihn forderten, muß der ehemalige Flick-Manager mit der Möglichkeit rechnen, tatsächlich für eine Zeitlang hinter Gitter zu wandern.

Seine Mitangeklagten haben dergleichen nicht zu befürchten. Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP, Otto Graf Lambsdorff, wühlt sich – zur Vorbereitung der Koalitionsgespräche – durch seine Akten, als säße er nicht im Gerichtssaal, sondern in seinem Büro. 15 Monate auf Bewährung hat die Anklage für ihn verlangt.

Der zweite Mitangeklagte, Ex-Wirtschaftsminister Hans Friderichs, scheint die meiste Zeit zu träumen. Die von den Staatsanwälten geforderte Geldstrafe von 120 000 Mark bringt den ehemaligen Vorstandssprecher der Dresdner Bank nicht aus der Ruhe.

Beide vermitteln den Eindruck, als ginge sie der Rest des Prozesses nichts mehr an. Eberhard von Brauchitsch aber wirkt versteinert.

Nur die ständige Bewegung seiner Hustenbonbons zermalmenden Kinnladen und die Augen lassen die kalte Wut ahnen, die den einst so mächtigen Industriekapitän befallen hat – unter diesen Blicken müßten den ihm gegenübersitzenden Staatsanwälten eigentlich die Ohren abfrieren.

Fast 18 Millionen Mark haben sie dem Angeklagten von Brauchitsch in Rechnung gestellt. Unter seiner Verantwortung als persönlich haftender Gesellschafter des Flick-Konzerns sei Körperschaftsteuer in Höhe von 14 419 469 Mark und Gewerbesteuer in Höhe von 3 407 151 Mark hinterzogen worden. Nicht in die eigene Tasche habe der Manager gewirtschaftet, sondern ausschließlich zum Wohle des Konzerns und des Konzernchefs Friedrich Karl Flick.

Daß er für den Jugendfreund mitbüßen soll, erbittert den Ex-Manager in besonderem Maße. Während er im Gericht sitzt, feiert Friedrich Karl Flick